

DIE NEUE RECHTE IN DER SOZIALEN ARBEIT IN NRW | Exemplarische Analysen zu Vorkommen und Einfluss- nahmen

**Christoph Gille; Birgit Jagusch;
Steffen Poetsch**

Zusammenfassung | Auf der Basis von Befragungen von Fachkräften untersucht die Studie von *Gille und Jagusch (2019)*, ob und wenn ja, welche Einflussnahmen der Neuen Rechten auf die Soziale Arbeit in Nordrhein-Westfalen zu erkennen sind. Die Ergebnisse zeigen: Trotz einer hohen Sensibilität gegenüber menschen- und demokratiefeindlichen Positionen ist die Soziale Arbeit nicht frei von neu-rechten Denk- und Handlungsweisen. Es lassen sich sowohl eigene soziale Angebote von extrem rechten Akteur*innen finden als auch externe und interne Einflussnahmen auf bestehende, etablierte Angebote der Sozialen Arbeit.

Abstract | Based on expert interviews the study of *Gille and Jagusch (2019)* examines whether and if so, which impact the new right-wing scene makes on social work in North Rhine-Westphalia and whether these are recognizable. The results show: despite a high degree of sensitivity toward anti-human and anti-democratic positions, social work is not free of new right-wing-based ways of thinking and acting. You can find both, their own social offers by extreme right-wing actors as well as external and internal influences on already existing, established offers of the social work.

Schlüsselwörter ► Neue Rechte

► berufliches Selbstverständnis ► Sozialarbeiter
► Befragung

1 Einleitung | Seit einigen Jahren ist sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa ein Erstarken rechter Diskurse und Akteur*innen zu beobachten. Weil gesellschaftliche Entwicklungen in Soziale Arbeit eingeschrieben sind, stellt sich die Frage, ob sich auch im sozialen Bereich bereits Angebote oder Einflussnahmen der Neuen Rechten finden. Vereinzelt

Berichte liegen sowohl für andere Länder als auch für Deutschland vor. Gleichzeitig fehlt es an stärker systematisierten, empirischen Erkenntnissen zu den Fragen, ob und, wenn ja, wie sich ein Erstarken neuer rechter Diskurse konkret in der Sozialen Arbeit manifestiert. Gibt es Akteur*innen der Neuen Rechten, die in der Sozialen Arbeit Fuß fassen? Können Einflussnahmen von außen auf etablierte Institutionen Sozialer Arbeit festgestellt werden? Lassen sich Verschiebungen auch innerhalb etablierter Angebote nachzeichnen? Diesen Fragen geht eine Studie zur Neuen Rechten in der Sozialen Arbeit nach (*Gille; Jagusch 2019*), die exemplarische Analysen für das Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) unternimmt. Im Folgenden werden analytische und methodische Grundlagen der Studie benannt und wesentliche Ergebnisse zusammengefasst.

2 Autoritarismus und Soziale Arbeit | Die wechselvolle Geschichte der Sozialen Arbeit zeigt, wie Disziplin und Profession im gesellschaftlichen Diskurs hervorgebracht werden und auf ihn bezogen bleiben (*Winkler 2006*, S. 56 f.). Sowohl die sozial-arbeiterische als auch die sozialpädagogische Traditionslinie sind aufs Engste mit den dominierenden Vorstellungen darüber verbunden, was jeweils als soziales Problem verstanden wird und welche Prinzipien und Ziele öffentlicher Erziehung gelten. Auf der einen Seite stellt sich die Frage, welche Zustände im Zusammenspiel von Individuum und Gesellschaft angestrebt werden und welche Unterstützungen als berechtigt gelten. Auf der anderen Seite geht es darum, welche Phänomene als problematisch gekennzeichnet werden und deswegen Abhilfe benötigen. In diese Ideen sind Vorstellungen von Normalität eingeschrieben, an denen sich die Interventionen der Sozialen Arbeit ausrichten (*Kessl; Plöblier 2010*) und mit denen die „Konstruktion des ‚Anderen‘ als konstitutive Bedingung der Sozialen Arbeit“ (*Lehnert; Radvan 2016*, S. 19) einhergeht.

Zunächst ist es diese diskurstheoretische Bestimmung, die die Frage erlaubt, inwieweit sich extrem rechte Positionen in der Sozialen Arbeit wiederfinden. Neben anderen besteht ein weiterer Grund darin, dass der Bezug Sozialer Arbeit auf das Gesellschaftliche leicht mit einem Vorrang vor den Einzelnen einhergehen kann. Diese Auffassung diente schon im national-sozialistischen Deutschland der Legitimation der aktiven Beteiligung Sozialer Arbeit am Herrschafts-

system (Paulini 2017, S. 61). Mit Blick auf die Gegenwart sind es zwar weniger die biologistischen Konzepte der NS-Zeit, die Anschluss finden. Allerdings zeigen sich ähnlich verabsolutierende Bezüge auf Gesellschaft beispielsweise in den Paradigmen des sogenannten „aktivierenden“ Sozialstaates. Die darin eingewobene Gouvernementalität zielt auf die Schaffung von marktgängigen Individuen, die sich einem vermeintlichen Interesse aller unterordnen: Sozial ist, was der Allgemeinheit dient (Lessenich 2008, S. 17). So werden Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit zu sozialen Kriterien, an denen sich ein derart autoritärer Wohlfahrtskapitalismus ausrichtet (Grob; Hövermann 2018). Der Weg von einem solchen Vorrang des Sozialen hin zur Legitimation demokratiefeindlicher Gesellschaftsstrukturen ist kein weiter.

Tatsächlich zeigen auch einige empirische Erkundungen, dass sich menschen- und demokratiefeindliche Positionen in der Sozialen Arbeit der Gegenwart finden lassen. Scherr und Bitzan finden bereits in 2007 Belege dafür. Ihre Erkenntnisse basieren auf den Auswertungen eines Aufrufs, in dem sie um Einschätzungen gebeten hatten, „ob sich in ihrem Umfeld Hinweise darauf finden lassen, dass junge Männer und Frauen mit rechtsextremem Vergangenheit oder Gegenwart verstärkt in Tätigkeitsfelder der Kinder-, Jugend- und Sozialarbeit drängen“ (ebd., S. 8). Diese Erkundung wurde unter anderem deswegen relevant, weil rechtsextreme Gruppen Frauen in den 2000er-Jahren explizit dazu aufgefordert hatten, sich in Erziehungsberufen ausbilden zu lassen. Diesen Faden nehmen Lehnert und Radvan in 2016 auf und belegen mit Fallgeschichten aus der Praxis, dass sich rechtsextrem organisierte Personen sowohl in sozialen Studiengängen ausbilden lassen als auch vereinzelt in sozialen Arbeitsfeldern tätig sind.

In ihren Analysen thematisieren sie besonders die „doppelte Unsichtbarkeit“ von rechtsextremen Frauen in sozialen Berufen. Frauen erführen historisch hergestellte Zuschreibungen, die sie als „fürsorglich“ und „unpolitisch“ markierten und die so die Wahrnehmung und Thematisierung von extrem rechten Positionierungen erschwerten. Schließlich zeigen neuere Untersuchungen von Grigori und Trebing (2019), wie neurechte Bewegungen versuchen, Jugendarbeit in Deutschland, Österreich und Italien für sich nutzbar zu machen. Schon diese kurze Erkundung zeigt, dass sich die Soziale Arbeit weder

theoretisch noch praktisch von einer möglichen Einflussnahme der Neuen Rechten freisprechen kann. Sehr wohl aber existieren prominente Gegenpositionen, etwa die Bestimmung von Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession (zum Beispiel Staub-Bernasconi 2019) oder als Förderin der Demokratie (zum Beispiel May 2019), die der Etablierung autoritärer Konzepte in der Sozialen Arbeit entgegenstehen. Im Selbstverständnis von Sozialarbeiter*innen kann der Bezug auf solche Positionierungen allerdings auch eine Falle sein: Er kann bewirken, dass häufig schlicht nicht davon ausgegangen wird, dass sich auch im sozialen Bereich extrem rechte Denk- und Handlungsweisen finden lassen. Eine Befassung mit dem Vorkommen und dem möglichen Einfluss neurechter Akteur*innen, Praktiken und Diskurse in der Sozialen Arbeit erscheint auch vor diesem Hintergrund nötig.

3 Ethnopluralismus und Brückenfunktion als Kennzeichen der Neuen Rechten | Mehrere, nicht immer einheitlich verwendete Begriffe und Konzepte stehen zur Verfügung, wenn autoritäre und menschenrechtsfeindliche Positionen beschrieben werden. In der hier zusammengefassten Studie stellt der Begriff der „Neuen Rechten“ den Ausgangspunkt dar. Neurechte Denk- und Handlungsweisen sind zum einen durch die zentrale Vorstellung gekennzeichnet, dass Nationen aus homogenen kulturellen Gemeinschaften bestehen, die ihre Gemeinsamkeiten nicht mehr (rassistisch-)biologisch, sondern mit Blick auf sozialisatorische Vorgänge begründen. Mit Bezugnahme auf eine vermeintlich homogene Kultur werden dann autoritäre Gesellschaftsvorstellungen verbunden, Positionen und Rangordnungen der Individuen und Nationen werden mit Blick auf Kultur gerechtfertigt und vermeintliche „Vermischungen“ als Gefahr gesehen (etwa Gessenharter 2018, Hufer 2018, Salzborn 2017).

Zum anderen zeichnet sich die Neue Rechte durch ihre strategisch zu verstehende Brückenfunktion aus. Sie vereint verschiedene Strömungen, von konservativen bis hin zu solchen Positionen, die sich durch offene Menschenfeindlichkeit, faschistische Vorstellungen oder Verharmlosungen und Rechtfertigungen des Holocaust auszeichnen und damit als rechtsextrem eingeordnet werden können. In Anlehnung an Pfahltreughber (Langebach; Raabe 2016, S. 579) kann als Kennzeichen der Neuen Rechten gelten, dass sie diese

rechtsextremen Positionen nicht ins Zentrum stellt, sondern ein unklares Spiel von Abstand und Nähe zu ihnen spielt. Dahinter steckt ein politstrategisches Element: Über die Verbindung mit konservativen Positionen werden autoritäre Gesellschaftsentwürfe für breitere Bevölkerungsgruppen anschlussfähig. Die Erlangung kultureller Hegemonie ist das Ziel, das dabei verfolgt wird und in Anlehnung an gramscianische Ideen metapolitisch erreicht werden soll.

Der Fokus auf die Neue Rechte schließt nicht aus, dass auch weitere Begriffe zur Differenzierung nötig sind. So beschreibt das Konzept Rechtsextremismus Positionen, die dezidiert von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen und Prozesse der Demokratisierung rückgängig machen wollen. Die extreme Rechte stellt dagegen einen Sammelbegriff für Akteur*innen dar, die entweder aus dem rechtsextremen oder aus dem ethnopluralistisch charakterisierten neurechten Spektrum stammen (Virchow 2018, S. 34 ff.). Alle drei Konzepte – Neue Rechte, Rechtsextremismus und extreme Rechte – beschreiben verschiedene Ausprägungen von Phänomenen, denen Fachkräfte der Sozialen Arbeit begegnen.

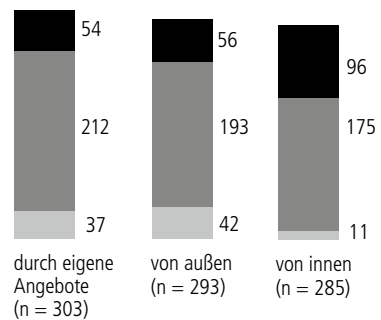
4 Zum Vorgehen | Zur Untersuchung der Frage, ob und wenn ja, wie neurechte Denkweisen, Praktiken und Akteur*innen auf die Soziale Arbeit einwirken, wurde in einem ersten Schritt ein teilstandardisierter Fragebogen an Fachkräfte in den fünf Regierungsbezirken des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen versendet, der Beobachtungen und Einschätzungen erkundet. Der Fragebogen wurde durch ein Schneeballsystem, das in allen Regionen und verschiedenen Arbeitsbereichen Sozialer Arbeit initiiert wurde, verteilt. 377 ausgewertete Bögen, in denen sich die Vielfalt von Trägern, Feldern und Regionen spiegelt, flossen in den gewonnenen Überblick ein. In einem zweiten Schritt wurden 24 teilstandardisierte Leitfadeninterviews mit Fachkräften aus allen Regierungsbezirken geführt, in denen die Erkenntnisse des Fragebogens vertieft und die mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse sowohl explorativ wie explizierend ausgewertet wurden. Zu den in beiden Befragungen geschilderten Situationen wurden weitergehende Recherchen unternommen, um Darstellungen zu verifizieren und zu erweitern. Ergänzt wurden die Befragungen durch eine Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der AfD-Fraktion im Landtag von NRW zwischen Juni 2017 und Juni 2019,

die aufgrund ihrer Verbindungen zu extrem rechten Denkweisen und Akteur*innen zur Neuen Rechten gezählt wird (Fuchs; Middelhoff 2019, S. 127 ff., Quent 2019). Die Anfragen wurden sowohl quantitativ erschlossen als auch mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse inhaltlich ausgewertet. Die Ergebnisse aller drei Untersuchungselemente wurden in der Auswertung zusammengeführt. Die Erhebungs- und Auswertungsverfahren der Studie erlauben keine repräsentativen Aussagen, wohl aber exemplarische Analysen und Antworten auf die Ausgangsfragen, die im Folgenden kurz vorgestellt werden. Für die detaillierten Ergebnisse sei auf die online verfügbare Langfassung der Studie verwiesen (Gille; Jagusch 2019).

5 Ergebnisse der Fragebogenerhebung |

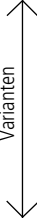
Hinsichtlich der Auswertung der Fragebogenerhebung lässt sich zunächst konstatieren, dass die große Mehrheit der befragten Fachkräfte feststellt, dass sie in ihren Regionen Anzeichen für neurechte beziehungsweise rechtsextreme Aktivitäten wahrnehmen (66 Prozent). Von diesen Personen gibt wiederum eine Mehrheit (68 Prozent) an, dass sie einen Anstieg solcher Aktivitäten beobachten. Nun stellt sich die Frage, ob diese Anzeichen auch Auswirkungen auf die Soziale Arbeit haben. Abbildung 1 zeigt die Antworten auf die Frage, ob und, wenn ja, welche Einflussnahmen die Befragten feststellen.

Abbildung 1: Einschätzungen zu Einflussnahmen der extremen Rechten auf die Soziale Arbeit



- Nein, ist mir nicht bekannt und ich kann mir auch keine Etablierung eigener Angebote, erfolgreiche Einflussnahmen oder Verschiebungen vorstellen.
- Nein, ist mir nicht bekannt, aber ich kann mir eigene Angebote, Einflüsse von außen oder Verschiebungen im Inneren vorstellen.
- ja

Abbildung 2: Übersicht über die gefundenen Kategorien und Varianten

	Eigene Angebote	Externer Einfluss	Interne Praxen
Varianten 	Karitative Aktionen	Strukturen angreifen	Präsenz extrem rechter Akteur*innen
	Angebote als Scharnier	Bedrohen	Diskriminierung
	Identitätsformierung	Sozialräumliche Inszenierungen	Artikulation
	Unterstützung problematischer Lebenssituationen	Agenda-Setting	Diskursive Orientierungen
			Unterlassen

Es zeigt sich, dass ein kleiner Teil der Befragten Einflussversuche erkennt. Dabei handelt es sich um Wahrnehmungen in Bezug auf die Kategorien „durch eigene Angebote der Sozialen Arbeit“ (37 Zustimmungen), „Einflussnahmeversuche von außen“ (42 Zustimmungen) und „Einflussnahmen innerhalb der Sozialen Arbeit“ (11 Zustimmungen). Die Beobachtungen zu Einfluss- und Landnahmeversuchen werden über alle Regionen und viele Arbeitsfelder hinweg gemacht. Eine außergewöhnliche Häufung in bestimmten Regionen oder Strukturen (Stadt oder Land) konnte nicht festgestellt werden, ein Ergebnis, das auch in den Expert*innenbefragungen bestätigt wurde.

Das erlaubt zwei Schlussfolgerungen: Zum einen geben die Antworten einen Hinweis darauf, dass die Fachkräfte in ihrer großen Mehrheit noch nicht davon ausgehen, dass die extreme Rechte einen spürbaren Einfluss auf ihre Aktivitäten ausübt. Zum anderen zeigen die Ergebnisse aber, dass einige Fachkräfte sehr wohl Versuche ausmachen – sowohl durch eigene Angebote als auch durch externe wie interne Einflussnahmen.

Bedeutsam sind auch die Werte derjenigen, die zwar angeben, keine konkreten Einflussnahmen zu kennen, sich diese aber durchaus vorstellen können (212, 193 und 175 Personen). Ihre Annahme wird durch die Erkenntnisse dieser Studie belegt. Ein kleinerer Anteil der Befragten (54, 56 und 96 Personen) vertritt dagegen die Auffassung, dass die extreme Rechte keinerlei Einflüsse auf die Soziale Arbeit nehmen kann. Aus unserer Sicht weisen diese Ergebnisse auf ein Selbstverständnis hin, das menschen- und demokratiefeindliche Positionen für unvereinbar mit der Sozialen Arbeit hält. Eine solche Vermutung wird auch dadurch gestärkt, dass sich deutlich weniger

Personen interne Einflussnahmen vorstellen können als sie eigene Angebote oder externe Einflussnahme für wahrscheinlich erachten. Dieser Selbstwahrnehmung widersprechen die Ergebnisse dieser Studie, weil sowohl die schriftliche Befragung als auch die Expert*inneninterviews Einflussnahmen in allen drei Kategorien nachweisen.

6 Erscheinungsformen | Auf der Basis von Fragebogenerhebung und Expert*inneninterviews wurden entlang der grundlegenden Kategorien Varianten entwickelt, in denen jeweils wesentliche Bestimmungsmerkmale zusammengefasst sind. Abbildung 2 gibt einen Überblick über die gefundenen Varianten, die im Folgenden kurz erläutert werden sollen.

6-1 Eigene Angebote | Bei den eigenen Angeboten extrem rechter Akteur*innen können vier Varianten unterschieden werden (Gille; Jagusch 2019, S. 50-62). „Karitative“ Inszenierungen dienen im Wesentlichen dem Transport politischer Botschaften, aber nicht der nachhaltigen Bearbeitung eines sozialen Problems. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Spendenvergaben an Wohnungslose (etwa zur Winter- und Weihnachtszeit), um Aufräumaktionen im öffentlichen Raum (zum Beispiel rund um Spielplätze) oder um Rundgänge selbst ernannter Bürgerwehren in Nachbarschaften, die durch die jeweilige Gruppe als problematisch gesehen werden. Alle diese Inszenierungen zeichnen sich durch ihren lokalen Bezug und die damit verbundene Gemeinschaft aus, an deren „Wohl“ sie sich vermeintlich orientieren. Gleichzeitig dient der Bezug dazu, Abgrenzungen und Schließungen vorzunehmen und so Identität erst zu schaffen. So werden etwa bei den Spendenverteilungaktionen „eigene“ von „fremden“ Wohnungslosen

getrennt und ethnisch markiert. Verbunden wird die karitative Inszenierung mit Kritik an einer verfehlten (Sozial-)Politik, die die benannten Probleme zu verantworten habe, allen voran die Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Inszenierungen werden öffentlichkeitswirksam und vor allem im Internet beworben. Ein längerfristiger Einsatz für die Themen ist mit den Darstellungen dagegen aber ebenso wenig verbunden wie eine Kooperation oder ein Austausch mit etablierten sozialen Diensten. Alle geschilderten Fälle weisen darauf hin, dass der Transport einer politischen Botschaft im Mittelpunkt steht.

Bei *Scharmiergeboten* handelt es sich dagegen um Aktivitäten, die meist sozialkulturellen Charakter aufweisen und sowohl aus rechtsextremen Szenen hinaus- wie auch in sie hineinreichen. Auch sie transportieren politische Botschaften. Im Zentrum steht aber, dass sie den Eintritt in neurechte oder rechtsextreme Szenen ermöglichen, die sich durch ein geschlossenes Weltbild auszeichnen. Zu nennen sind hier insbesondere Konzerte oder Liederabende, Ausflüge, Nachhilfeangebote und Sprechstunden sowie Straßenfeste oder Sportangebote, mit der sich extrem rechte Akteur*innen einer breiteren Öffentlichkeit präsentieren. Solche Angebote sollen gesehen und gefunden werden, doch dass es sich um extrem rechte Aktivitäten handelt, wird durch unverfängliche Bezeichnungen (etwa „Familienfest“, „Weihnachtsfeier“, „Familienausflug“) zunächst nicht deutlich. Wer dann von den rassistischen und antidemokratischen Inhalten angesprochen wird, kann für weitergehende Aktivitäten in geschlossenen Szenen gewonnen werden.

Angebote der Identitätsformierung und *Angebote der Problembearbeitung* haben sich dagegen innerhalb abgeschirmter Szenen etabliert und weisen keinen missionarischen Charakter auf. Mit Bezug auf die Traditionsstränge Sozialer Arbeit können *Angebote der Identitätsformierung* als sozialpädagogische Angebote verstanden werden, die der Ausprägung kollektiver Zugehörigkeit dienen – wenn sie auch durch den Bezug auf autoritäre Gesellschaftsmodelle und die Ungleichwertigkeit von Menschen von zentralen Prämissen etwa der Jugendarbeit abweichen. Beispiele finden sich bei den Ferienlagern vom „Sturmvogel“, Veranstaltungen wie dem „Tag der deutschen Jugend“, dem „Kampf der Nibelungen“ oder den Sonnenwendfeiern, die von völkischen Siedler*innen begangen

werden (weiterführend etwa Röpke 2010). Die Variante *Unterstützung problematischer Lebenssituationen* stellt das sozialarbeiterische Pendant dar, das dazu dient, mit der ideologischen Verortung verbundene Probleme zu bearbeiten. Darunter fallen organisierte Formen der Sozial- und Rechtsberatung oder die Gefangenenbetreuung. Diese Angebote zielen darauf, die Solidarität innerhalb der Szenen zu erhöhen: Wer sich für die Gemeinschaft einsetzt, erhält Unterstützung.

6-2 Externe Einflussnahmen | Auch die externen Einflussnahmeversuche auf etablierte Angebote Sozialer Arbeit lassen sich in vier Varianten aufteilen (Gille; Jagusch 2019, S. 62-78). Die Variante *Strukturen angreifen* ist eng mit der institutionalisierten politischen Arena verbunden und umfasst zum Beispiel Anfragen in den kommunalen Parlamenten oder im Landtag, in denen etablierte Angebote der Sozialen Arbeit finanziell oder inhaltlich infrage gestellt werden. Zwar geht aus dem empirischen Material und der Nachrecherche hervor, dass solche Anfragen in NRW bislang noch nicht erfolgreich waren, dennoch können Praxisfelder, Akteur*innen und Themen der Sozialen Arbeit geschwächt oder verunsichert werden. Dies geschieht unter anderem, indem Kapazitäten durch die Beantwortung gebunden werden, Irritationen bei Unterstützer*innen entstehen oder indem bestimmte Positionen nicht mehr öffentlich vertreten werden. Angegriffen werden Angebote mit Bezug auf den zentralen Themenkanon der Neuen Rechten. So bezogen sich etwa von den insgesamt 35 ausgewerteten parlamentarischen Anfragen auf Landesebene je acht auf die Politikbereiche Migration/Flucht sowie Schule/Bildung und neun auf den Kontext der Gesundheitspolitik. Teilweise lassen sich auch inhaltliche Überschneidungen feststellen, etwa im Kontext des Versuchs einer Ethnisierung von Bildungsfragen oder der Stigmatisierung von diversitätsorientierter Sexualpädagogik als „Frühsexualisierung“. Der thematische Zuschnitt, aber auch die einfache Machart der Fragen lassen den Schluss zu, dass solche Fragen weniger der parlamentarischen Kontrolle, sondern eher der Emotionalisierung und Skandalisierung dienen, um Öffentlichkeit und Diskursverschiebungen zu erreichen.

Unter der Variante *Bedrohen* werden dagegen teils offene, teils klandestine psychische und physische Angriffe und manifeste Bedrohungen von Fachkräften aus der Sozialen Arbeit gefasst. Mit dem Mord am

Kasseler Regierungspräsident Lübke und den Berichten über die Bedrohungen von Lokalpolitiker*innen sind solche Bedrohungen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Auch Sozialarbeiter*innen, die für bestimmte Themen stehen, können Angriffen ausgesetzt sein, wie das ausgewertete Material zeigt. Zwar wurde nicht von schwerwiegenden physischen Attacken berichtet, beispielsweise aber von einem körperlichen Angriff auf eine Fachkraft, die im Rahmen ihrer Arbeit Sticker einer neurechten Gruppierung entfernte und daraufhin zu Boden geschlagen wurde. Ebenfalls berichtet wurde von verschiedenen anonymen Drohungen, etwa in Form von Drohbriefen oder Botschaften an Autos, sowie dem Veröffentlichen von privaten Adressen oder Telefonnummern. Auch Aufmärsche durch extrem rechte Gruppen, wie sie vor Unterkünften von Menschen mit Fluchtgeschichte oder vor als links markierten Jugendzentren stattfinden, zählen zur Variante *Bedrohen*.

Während die ersten beiden Varianten darauf ausgerichtet sind, Bestehendes zu destabilisieren, dienen die *sozialräumlichen Inszenierungen* und das *Agenda-Setting* dazu, Angebote inhaltlich neu auszurichten. So werden die Auslage von neurechten Flyern, das Anbringen von Graffiti und Stickern oder die Anmietung von Räumlichkeiten in Bürger*innenzentren dazu genutzt, Sichtbarkeit zu erlangen und den Eindruck von Stärke zu vermitteln. Diese Aktivitäten können schnell und anonym ausgeführt werden und zu Verunsicherungen und zum Rückzug bestimmter Adressat*innen führen. Die Variante *Agenda-Setting* verfolgt ein ähnliches Ziel, ist aber stärker inhaltlich ausgerichtet. Beispielsweise werden die Übergabe von Spendengeldern, die Einrichtung sogenannter Meldeportale oder gezielte und organisierte Öffentlichkeitskampagnen (insbesondere über das Internet) dazu betrieben, um gezielt Themen anzugreifen oder neue zu platzieren. In der Regel werden solche Versuche durch Akteur*innen initiiert, die zunächst politisch nicht zuzuordnen sind. Gelingt es Sozialarbeitenden, die Agenda hinter den Aktionen zu durchschauen, sind sie gefragt, sich zu positionieren, um nicht für neurechte Propaganda instrumentalisiert zu werden.

6-3 Interne Einflussnahmen | Innerhalb etablierter Angebote Sozialer Arbeit manifestieren sich neurechte Denkweisen und Praktiken in insgesamt fünf Varianten (Gille; Jagusch 2019, S. 79-93). Erstens

durch die *Präsenz* einzelner Mitarbeitender, die zur extremen Rechten gezählt werden können und deren Einstellungen implizit oder explizit auf die Arbeit Einfluss haben. Im Material wurde von mehreren Fachkräften berichtet, die offen oder verdeckt der extremen Rechten zugehörig sind, sowohl eher lose Sympathie als auch enge Einbindungen aufweisen und in verschiedenen Feldern der Sozialen Arbeit tätig sind oder waren. Zweitens finden sich im Material Beschreibungen von *Diskriminierungen*, die von Fachkräften ausgehen und anhand von kategorialen Zuordnungen und Abwertungen entlang rassistischer Zuschreibungen erfolgen. Mit solchen Zuordnungen sind auch Berichte von partiellen oder absoluten Ausschlüssen aus Angeboten oder Verwehungen von Ressourcen verbunden, etwa wenn migrantisch markierte Adressat*innen Hausverbote in einem Jugendzentrum erhalten, niederschwellige Leistungen der Wohnungslosenhilfe verwehrt, Renovierungen im Betreuten Wohnen oder Ressourcen für die Sprachförderung verweigert werden – ohne dass diese Ausschlüsse rechtlich begründet sind.

Die Varianten *Artikulation* und *diskursive Orientierungen* fokussieren drittens und viertens auf rhetorische Praktiken und Diskursverschiebungen, die gesamtgesellschaftlich stattfinden und auch in der Sozialen Arbeit vorkommen. Unter *Artikulation* werden sowohl eine ganze Reihe von Beispielen für konkret verwendetes, zum Beispiel rassistisches und abwertendes Vokabular gefasst als auch extrem rechte Meinungsäußerungen, von denen die Befragten berichten. Auch die erfolgreiche Instrumentalisierung von „politischer Neutralität“ in Bildungseinrichtungen trägt hier Früchte: Einige Befragte berichten, wie der vermeintliche Vorwurf der Nicht-Neutralität dazu führe, dass explizite Positionierungen von sozialarbeiterischen Einrichtungen gegen neurechte Denkweisen und Praktiken aus Furcht vor solchen Vorwürfen ausblieben. Bei den *diskursiven Orientierungen* zeigt das Material Beispiele für neosoziale Denkweisen, die beispielsweise Angebote für geflüchtete Menschen vor dem Hintergrund ihrer Rentabilität für die Volkswirtschaft bewerten und den Zugang zu Ressourcen von diesen Überlegungen abhängig machen. Außerdem finden sich Beispiele für klassische autoritäre Vorstellungen, die den Vorrang der Gemeinschaft und die Unterordnung der Einzelnen verlangen, beispielsweise wenn Verweise auf eine Leitkultur erfolgen, an die sich Nutzer*innen zu halten hätten.

Schließlich bezeichnet, fünftens, die Variante *Unterlassen* Praktiken von Fachkräften, in denen Widerspruch und Positionierung gegenüber neurechten oder rechtsextremen Denkweisen und Praktiken unterbleibt und damit der Raum für die extreme Rechte erst geschaffen wird. Hier sind es insbesondere auch die Ausbildungsinstitutionen, die in den Fokus rücken. Mehrere Befragte schildern Situationen, in denen an Hochschulen und Universitäten Vorstellungen von Ungleichwertigkeit von Menschen unwidersprochen geäußert wurden, die damit an Geltungskraft gewannen. Die Bandbreite der gefundenen Beispiele zeigt, dass sich neurechte Einflussnahmen also keineswegs nur außerhalb, sondern ebenfalls innerhalb etablierter Angebote Sozialer Arbeit abspielen.

7 Fazit | Die der Studie zugrunde liegenden Daten und Auswertungen weisen keinesfalls einen neurechten Mainstream in der Sozialen Arbeit in NRW aus. Gleichwohl zeigen die empirischen Erkenntnisse über das ganze Bundesland hinweg sowohl eine Kontinuität von eigenen Angeboten innerhalb der verschiedenen extrem rechten Szenen als auch regelmäßige Versuche der Einflussnahme auf bestehende Strukturen etablierter Sozialer Arbeit. Einige Ergebnisse der Studie sind Besorgnis erregend: In Bezug auf die eigenen Angebote neurechter Akteur*innen lassen sich hier insbesondere die Instrumentalisierungen karitativer Inszenierungen nennen, die zum Teil erhebliche Resonanz erzeugen, sowie das Vorhandensein einer stabilen Struktur sozialer Angebote innerhalb geschlossener extrem rechter Szenen. Im Hinblick auf die externen Einflussnahmen beunruhigen vor allem die gezielten physischen und psychischen Bedrohungen einzelner Personen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit sowie die Angriffe auf die Selbstverständnisse und Delegitimationsstrategien insbesondere im Hinblick auf (Förder-)Strukturen bestimmter Träger und Praxisfelder, die massive Verunsicherungen zur Folge haben können. In Bezug auf die internen Einflussnahmen schließlich sind es insbesondere die Präsenz einzelner extrem rechter Akteur*innen als Fachkräfte der Sozialen Arbeit und die Orientierung an neurechten Diskursen im Alltag Sozialer Arbeit, die dazu zählen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Soziale Arbeit attraktiv ist für die Neue Rechte, die ihren Kulturkampf von rechts auch mithilfe einer Graswurzelstrategie

führt. Sie konzentriert sich nicht auf den institutionalisierten politischen Raum, sondern versucht, politische Verschiebungen von unten und damit „auf der Straße“ zu erreichen. Für eine solche Strategie bietet Soziale Arbeit gute Anknüpfungspunkte. Im Fokus der Einflussversuche stehen insbesondere solche Bereiche der Profession, die zum zentralen Themenkanon der Neuen Rechten gehören und als Vehikel dienen sollen, um weitere Unterstützer*innen zu gewinnen: Dazu zählen die Soziale Arbeit im Kontext von Migration, im Bereich von Gender und Sexualität, die Jugendarbeit und Angebote in Armutslagen. Rassistische Argumentationen zeigen sich dabei als die zentralen Denkfiguren, die immer wieder aufgerufen werden. Sie gehen einher mit der Konstruktion eines Wettbewerbs um vermeintlich knappe Ressourcen, die zum Schüren von Ängsten genutzt wird, und münden in der Forderung einer exklusiven Solidarität (siehe hierzu auch den Beitrag von Haase in dieser Ausgabe).

Die Ergebnisse belegen auch, dass etablierte Angebote Sozialer Arbeit, wie sie typischerweise von freigemeinnützigen Trägern im Rahmen sozialpolitischer Institutionalisierungen erbracht werden, von neurechten Praktiken und Denkweisen nicht ausgenommen sind. Auch dort lassen sich Praxen finden, die als extrem rechte Praktiken beschrieben werden können, und auch dort können extrem rechte Diskurse das Denken und Handeln von Fachkräften beeinflussen. Wenn sich Soziale Arbeit aber als Profession beschreibt, die sich an den Menschenrechten und der Förderung von Autonomie und Demokratie ausrichtet, muss sie notwendig in Konflikt mit den menschenfeindlichen und autoritären Entwürfen der Neuen Rechten gehen. Hoffnungsvoll und inspirierend stimmt, dass im Rahmen dieser Studie viele Beispiele gefunden wurden, in denen Soziale Arbeit Position bezieht und Demokratie und Menschenrechte verteidigt. Diese Bewährungen gilt es, institutionell abzusichern und auszuweiten, um Angriffen auf einer strukturellen Ebene zu widerstehen – bei Trägern ebenso wie bei Ausbildungsinstitutionen (Dietrich et al. 2019, Radvan; Schäuble 2019). Auch weitere Recherchen zu Vorkommen und Einflussnahmen der Neuen Rechten werden zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten dazugehören.

Dr. Christoph Gille ist Diplom-Sozialarbeiter und Vertretungsprofessor für Theorien der Sozialen Arbeit an der Hochschule Koblenz. E-Mail: chgille@hs-koblenz.de

Professorin Dr. Birgit Jagusch ist Sozialwissenschaftlerin und lehrt Soziale Arbeit und Diversität an der Technischen Hochschule Köln. E-Mail: birgit.jagusch@th-koeln.de

Steffen Poetsch ist Student im Masterstudiengang Pädagogik und Management in der Sozialen Arbeit der TH Köln. E-Mail: steffen_norbert.poetsch@smail.th-koeln.de

Dieser Beitrag wurde im Rahmen einer Peer Review begutachtet und am 21.2.2020 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

Dietrich, Kai; Jaruczewski, Karola; Schuhmacher, Nils; Vetter, Willy: „Auch wenn alle anderen dagegen sind“. Potentiale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Abschlussbericht des Modellprojekts „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen.“ In: <https://agjf-sachsen.de/mut-interventionen.html> (veröffentlicht 2019, abgerufen am 16.2.2020)

Fuchs, Christian; Middelhoff, Paul: Das Netzwerk der Neuen Rechten. Reinbek 2019

Gille, Christoph; Jagusch, Birgit: Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW: Exemplarische Analysen. Düsseldorf 2019 (<http://fgw-nrw.de/forschungsergebnisse/forschungsergebnisse/projektetails/news/die-neue-rechte-in-der-sozialen-arbeit-in-nrw.html>; abgerufen am 15.2.2020)

Gessenharter, Wolfgang: Strategien und Einflussphären der „Neuen Rechten“. In: Gomolla, Mechthild; Kollender, Ellen; Menk, Marlene (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Weinheim und Basel 2018, S. 44-60

Grigori, Eva; Trebing, Jerome: Jugend an die Macht. Zugriffe neurechter Bewegungen auf die Jugendarbeit am Beispiel der Gruppen „Identitäre Bewegung“ und „Kontrakultur“. In: Boehnke, Lukas; Thran, Malte; Wunderwald, Jacob (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus. Wiesbaden 2019, S. 135-156

Groß, Eva; Hövermann, Andreas: Marktförmiger Extremismus. Abwertung, Ausgrenzung und Rassismus vor dem Hintergrund einer Ökonomisierung von Gesellschaft. In: Gomolla, Mechthild; Kollender, Ellen; Menk, Marlene (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Weinheim und Basel 2018, S. 110-126

Hufer, Klaus-Peter: Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker. Weinheim und Basel 2018

Kessl, Fabian; Plöber, Melanie: Differenzierung, Normalität und Andersheit. Soziale Arbeit als Arbeit mit den Anderen. Wiesbaden 2010

Langebach, Martin; Raabe, Jan: Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden 2016, S. 561-585

Lehnert, Esther; Radvan, Heike: Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für die Soziale Arbeit und die Pädagogik. Opladen u.a. 2016

Lessenich, Stephan: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld 2008

May, Michael: Sozialpädagogische Kritik der Lebensformen? Zu den Maßstäben von Kritik und Solidarität in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche 1/2019, S. 49-63

Paulini, Christa: Gerade die Fürsorgerin ist zur Mitarbeit am Volksaufbau berufen. Zur Beteiligung von Sozialarbeiterinnen am Nationalsozialismus am Beispiel der Entwicklung der Berufsverbände. In: Amthor, Ralph-Christian (Hrsg.): Soziale Arbeit im Widerstand. Weinheim und Basel 2017, S. 58-74

Quent, Matthias: Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München 2019

Radvan, Heike; Schäuble, Barbara: Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende. Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In: Köttig, Michaela; Röh, Dieter (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit. Opladen u.a. 2019, S. 216-227

Röpke, Andrea: Die geführte Jugend. Kindererziehung von rechts. Braunschweig 2010

Salzborn, Samuel: Angriff der Antidemokraten: Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim und Basel 2017

Scherr, Albert; Bitzan, Renate: Rechtsextreme Studierende und JugendarbeiterInnen: Phantom oder Tabu? In: Sozial Extra 1-2/2007, S. 8-10

Staub-Bernasconi, Silvia: Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit: Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen. Opladen u.a. 2019

Virchow, Fabian: Die extreme und populistische Rechte in Deutschland nach 1945. Empirische Befunde und theoretisch-begriffliche Zugänge. In: Gomolla, Mechthild; Kollender, Ellen; Menk, Marlene (Hrsg.): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. Weinheim und Basel 2018, S. 28-43

Winkler, Michael: Kleine Skizze einer revidierten Theorie der Sozialpädagogik. In: Badawia, Tarek; Luckas, Helga; Müller, Heinz (Hrsg.): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches der Sozialpädagogik. Wiesbaden 2006, S. 55-80